

Landratsfraktion

Stand: Dezember 2023

Schwerpunkte 2024

Wahlen

Lead: Alois Arnold, 81

Ziel ist es, bei den Landratswahlen zusätzliche Sitze zu gewinnen und wieder die zweitgrösste Fraktion im Urner Landrat zu werden.

Bei den Regierungswahlen wird neben dem bisherigen Regierungsratssitz ein zweiter Sitz in der Regierung angestrebt. Somit ist das Ziel, bei den Regierungswahlen mit dem bisherigen Regierungsrat Christian Arnold und einer weiteren Kandidatur anzutreten.

Gewerbe, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus

Lead: Alois Arnold, 65 / Franz Imholz

Die Entwicklung Eyschachen ist kritisch zu beobachten. Erste positive Impulse konnten mit der Realisierung des Neubaus am Bahnhofplatz 1 sowie dem Projekt auf der Werkmatt gesetzt werden. Die Entwicklung der Werkmatte ist zu beschleunigen. In der ganzen Entwicklung rund um den Bahnhof ist das heimische Gewerbe zu berücksichtigen.

Der administrative Aufwand für Gewerbe, Wirtschaft und Landwirtschaft soll abgebaut werden. Die Wirtschaftsförderung soll sowohl die Standortattraktivität der Entwicklungsschwerpunkte und der Seitentäler weiter fördern.

Für die SVP hat die Nutztierhaltung gegenüber den Grossraubtieren klar Priorität. Die konsequente Regulierung der Grossraubtiere ist zwingend. Die langfristige Sicherstellung der Urner Alpwirtschaft liegt im Interesse von Tourismus und Landwirtschaft. Auf kantonaler Ebene sind optimale Bedingungen für eine funktionierende Alpwirtschaft zu unternehmen. Bezüglich der zukünftigen Agrarpolitik ist der Kontrollaufwand in der Landwirtschaft kritisch zu überprüfen - die produzierende Landwirtschaft soll unterstützt und nicht behindert werden

Der Aufschwung eines nachhaltigen Tourismus ist weiter zu fördern. Die Massnahmen sollen sich nicht nur auf das Urserental beschränken, sondern auch die übrigen Regionen berücksichtigen. Die bürokratischen und die raumplanerischen Hürden für touristische Entwicklungen sind tief zu halten. Für die touristische Entwicklung des Urner Talbodens braucht es zusätzliche Hotelbetten.

Finanzen, Behörden und Verwaltung

Lead: Christian Schuler / Elias Arnold

Die Finanzpolitik des Kantons ist gescheitert und ist zu überdenken. Trotz ausserordentlich guten Rechnungsergebnissen in den Vorjahren und über 250 Mio. Bilanzüberschuss, drohen Steuererhöhungen. Der finanzielle Handlungsspielraum in Bezug auf finanzpolitische Instrumente sowie den Abbau des Eigenkapitals ist nicht ausreichend. Dies ist mittels politischer Vorstösse zu korrigieren.

Die Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen ist auf einem schweizweit attraktiven Niveau zu halten und soll konkurrenzfähig gegenüber den Nachbarkantonen bleiben. Um Steuererhöhungen zu verhindern, ist eine effiziente Mittelverwendung in der kantonalen Verwaltung unabdingbar. Die Steuerunterschiede unter den Gemeinden sind mit geeigneten Mitteln zu vermindern.

Die Überprüfung der Aufgaben und der zur Aufgabenerfüllung benötigte Personalaufwand/Personalbestand bei der kantonalen Verwaltung muss konsequent umgesetzt und laufend überprüft werden. Das Besoldungssystem ist an privatwirtschaftliche Massstäbe anzupassen, um deren Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Die Erstellung der Aufgabenlandkarte ist zu beschleunigen und anschliessend ist die Verwaltungsstruktur des Kantons zu überprüfen.

Die wirtschaftliche und die strategische Entwicklung der Urner Kantonalbank ist weiterhin kritisch zu verfolgen. Die Ausschüttungsquote an den Kanton soll gesteigert werden.

Bildung und Kultur

Lead: Hansueli Gisler, Daniel Müller

Die Lehrpläne sollen nicht weiter ausgebaut werden, sondern es soll wieder eine Konzentration auf zentrale Fächer wie Mathematik, Deutsch usw. ausgerichtet werden. Wir setzen uns für den Abbau von unnötiger Bürokratie bei Bildungsinstitutionen und Lehrlingsbetrieben ein. Das ständige Kostenwachstum im Bildungsbereich ist zu stoppen. Ein weiterer Ausbau von Betreuungsangeboten und Schulsozialarbeit oder die Senkung von Klassengrössen werden von uns abgelehnt.

Die Schule ist konsequent auf die Praxis auszurichten und das duale Berufs- und Bildungssystem ist zu stärken. Die Abschaffung des Erziehungsrats ist voranzutreiben. Die Digitalisierung in der Schule ist praxisbezogen zu fördern. Der Betrieb und die Beschaffung von Informatik- und Softwarelösungen im Bildungsbereich sind zentral zu organisieren.

Das integrative Schulsystem ist nicht weiter auszubauen. Eine zu grosse Spannweite (Lerngeschwindigkeit und Lernbedürfnisse) kann für Lehrkräfte sehr herausfordernd sein. Die Qualität des Unterrichts für die «grosse Mehrheit» darf durch das integrative Schulsystem nicht beeinträchtigt werden. Die Führung von Kleinklassen darf kein «Tabu» sein.

Asyl- und Sicherheit

Lead: Pascal Arnold

Die Kosten im kantonalen Asylwesen sind kritisch zu hinterfragen und gegenüber dem Bund eine klarere Position zu vertreten. Beim Asylwesen sind auch die Folgekosten für die übrigen Sozialwerke und -versicherungen kritisch im Auge zu behalten, insbesondere die zukünftig auf den Kanton zukommenden Kosten (Integrationskosten, wirtschaftliche Hilfe usw.).

Die Integration von Asylsuchenden ist gesamtheitlich zu betrachten und die Auswirkungen auf die Schulen sind kritisch zu hinterfragen. Für die Verteilung von Asylsuchenden auf die Urner Gemeinden ist ein fairer Verteilschlüssel zu finden.

Sichere und ständig verfügbare Verkehrsverbindungen zu den Wirtschaftszentren Richtung Norden (Zürich und Luzern) sowie Richtung Süden (Tessin) sind unverzichtbar für den Wirtschaftsstandort Uri. Dies gilt für Strasse und Schiene. Damit bei der Axenstrasse eine sichere Verbindung nach Norden gewährleistet werden kann, ist deren Aus- und Fertigbau weiter voranzutreiben. Verkehrsstau auf den Kantonsstrassen infolge Ausweichverkehr durch Quartiere ist mit geeigneten Massnahmen zu verhindern. Im öffentlichen Verkehr muss sich der Regierungsrat für attraktivere Verbindungen nach Zürich engagieren, um so ein Pendeln von bzw. nach Zürich zu ermöglichen.

Die Umsetzung des Klimaschutzkonzepts hat mit Augenmass zu erfolgen und muss auf die geografische Lage des Kantons abgestimmt sein. Wir setzen uns für eine Klimapolitik mit Selbstverantwortung, Innovation und wirtschaftlicher Freiheit ein. Neue Zwangs- und Lenkungsabgaben werden von der SVP Uri bekämpft. Die Automobilität soll auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Energiesparmassnahmen im Wohnungsbau müssen auch für Private finanzier- und umsetzbar sein. Der Abbau der Bürokratie, im speziellen im Bereich Umwelt- und Immissionsschutz, muss durch geeignete Vorstösse gefördert und gefordert werden.

Die Investitionspolitik des Regierungsrates bei den Strassen, konkret das Unterhaltsprogramm muss, allenfalls mittels Vorstoss, näher geprüft werden. Die Prioritätensetzung beim Strassenunterhalt sowie beim Bau von neuen Strassen oder Radwegen ist kritisch zu hinterfragen und der notwendige Standard sowohl bei der Planung wie aber auch beim Bau ist zu überprüfen. Luxuslösungen sind zu verhindern! Bei der Umsetzung dürfen die Strassenverbindungen in die Seitentäler nicht vergessen werden – sie sind deren Lebensnerv.

Die Umsetzung des Neu- und Umbaus des Kantonsspitals wird von uns begleitet. Dabei gilt es von Seiten SVP folgende Punkte zu beachten: Kosten und Nutzen, Tragbarkeit, Spitalführung und eine sichere und standortangepasste Gesundheitsversorgung für den Kanton Uri.

Generell ist das markante Kostenwachstum bei verschiedenen Leistungsvereinbarungen (SBU, Stiftung, Papilio usw.) kritisch zu hinterfragen und mit geeigneten Massnahmen einzudämmen.

Die SVP Uri setzt sich für eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Familienpolitik ein. Wir wollen keine Verstaatlichung der Familien und zentral vorgeschriebene Tagesstrukturen. Angebote sollen auf Stufe Gemeinde bedürfnisorientiert und primär privatfinanziert erfolgen. Die Selbstbetreuung der Kinder darf gegenüber der externen Kinderbetreuung nicht schlechter gestellt werden.